

7. Das politische Projekt »Fluchtursachenbekämpfung«

»Yes, a new partnership with Africa is not just about managing mobility, but also tackling the root causes of forced displacement« (*Christos Stylianides, EU-Kommission in: Europäisches Parlament 25.11.2015*).

Die Analyseschritte der historisch-materialistischen Politikanalyse haben gezeigt, dass im Kontext des Sommers der Migration verschiedene politische Kräfte versuchten, ihre Forderungen in den Diskurs um Fluchtursachenbekämpfung einzuschreiben. Dadurch erlebte das Schlagwort »Fluchtursachenbekämpfung« eine Hochkonjunktur in einem Moment der Krise und Krisenbearbeitung, in dem das bislang hegemoniale politische Projekt des Migrationsmanagements zu erodieren drohte. In der Analyse des historischen krisenhaften Ereignisses (Kapitel 5) habe ich gezeigt, wie die Exekutiven nach dem langen Sommer der Migration in kurzer Zeit und ohne größere Abstimmung und parlamentarische Mitwirkung politische Instrumente zur Fluchtursachenbekämpfung auf den Weg brachten. In den Maßnahmen bildeten sich bereits Elemente des hegemonialen Verständnisses von Fluchtursachen und deren Bewältigung ab, das sich im Zuge der diskursiven Kämpfe im Kontext der Reorganisation des Grenzregimes nach 2015 immer deutlicher manifestieren sollte. Durch die Analyse der Akteur:innen sowie ihrer rhetorisch-diskursiven Strategien (Kapitel 6) wurde nachvollziehbar, wie sich im Zuge des intensivierten Diskurses nach dem Sommer 2015 ein hegemoniales Verständnis von Fluchtursachen und deren Bekämpfung herausbildete. Aufgrund der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sowie der spezifischen Ressourcen, auf die die unterschiedlichen Hegemonieprojekte im Konflikt um Fluchtursachen zurückgreifen konnten, prägten neben dem konservativen auch das linksliberal-alternative und das neolibrale Projekt dieses hegemoniale Verständnis. Darüber hinaus waren die Kompromisse entscheidend, die sich anhand der rhetorisch-diskursiven Strategien dieser Hegemonieprojekte nachvollziehen lassen.

Auf Grundlage meiner Analyse argumentiere ich, dass unter dem Schlagwort Fluchtursachenbekämpfung insbesondere konservative, neolibrale und linksli-

beral-alternative gesellschaftliche Kräfte ein neues politisches Projekt in Stellung brachten, das sich mit einer neuen Form des Migrationsmanagements verbinden konnte. Der Kompromiss, der sich in den 2000er Jahren im Migrationsmanagement verdichtet hatte, bewegte sich stets mit unterschiedlicher Gewichtung zwischen drei Momenten: einer nutzenorientierten Zulassung von Migration im Sinne neoliberaler Anliegen, einem damit einhergehenden begrenzten Zugeständnis an linksliberal-alternative Akteur:innen durch die partielle Öffnung für Einwanderung sowie einer gleichzeitigen Bekämpfung illegalisierter Fluchtmigration entsprechend der zentralen Forderung konservativer Kräfte. Dieser Kompromiss geriet mit dem Sommer der Migration 2015 in eine tiefgreifende Krise. Der Diskurs um Fluchtursachenbekämpfung bot in dieser Krise des Migrationsmanagements eine Lösung an. Denn fast alle gesellschaftlichen Kräfte – wenn auch in unterschiedlichem Maße – konnten sich in das politische Projekt einschreiben. Die Forderung nach Fluchtursachenbekämpfung fügte sich damit in eine neue Form des Migrationsmanagements ein. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass das konservative Hegemonieprojekt eine stärkere Stellung als vorher einnimmt, was sich unter anderem in der dominanten Rolle dieser Kräfte im Fluchtursachen-Diskurs ausdrückt. Der Diskurs um Fluchtursachen(-bekämpfung) hatte somit einen stabilisierenden Effekt für das Migrationsmanagement und lässt sich als Element einer neuen Version desselben fassen, in der ein auf Migrationsverhinderung zielendes Motiv gestärkt enthalten ist.

In der Krise des Grenzregimes 2015 bot die politische Forderung, die Ursachen von Flucht und Vertreibung entschieden anzugehen, eine Möglichkeit, Handlungsfähigkeit und -willen zu demonstrieren. Selbst linksliberale Akteur:innen ließen sich auf die konservative Argumentation ein, Fluchtursachenbekämpfung diene der Verhinderung weiterer Fluchtmigration nach Europa. Denn damit konnten sie ihr eigenes Anliegen einer Aufstockung von Entwicklungshilfe unterstreichen. Auch neoliberalen Kräfte wichen von ihrer Maßgabe einer möglichst nutzenorientierten Regulierung von Migration ab und gingen diesen Kompromiss ein. Denn ihnen gelang es mittels des Fluchtursachen-Diskurses vor allem der politischen Forderung nach einer verstärkten Privatisierung und Finanzialisierung im Bereich der Entwicklungspolitik Nachdruck zu verleihen. In Kombination mit der internalistischen Perspektive auf Fluchtursachen zeichnete sich somit ein durch diese beiden Momente – den Verhinderungs-Bias und die internalistische Perspektive – geprägtes hegemoniales Verständnis von Fluchtursachen(-bekämpfung) ab. Das Hegemonial-Werden dieser beiden Elemente des Diskurses ist entscheidend für das Zustandekommen des politischen Projektes Fluchtursachenbekämpfung. Aus diesem Grund werden die entscheidenden Kompromisse des linksliberal-alternativen sowie des neoliberalen Hegemonieprojektes bezüglich des Verhinderungs-Bias und der internalistischen Perspektive im Folgenden genauer betrachtet. Anschließend geht Kapitel 8 auf die hegemoniale Tiefendimension dieser Kompro-

misere zwischen konservativen, neoliberalen und linksliberal-alternativen Kräften ein. Dies wird mit Rückbezug auf die Erläuterungen in der Kontextanalyse zur imperialen Lebensweise und dem Externalisierungshabitus (4.1.1) ausgeführt.

7.1 Verhinderungs-Bias

Aus der Analyse ging hervor, dass das Verhinderungs-Motiv ein wesentliches Element des hegemonialen Verständnisses von Fluchtursachenbekämpfung darstellt. Letztere soll dem Ziel dienen, weitere Fluchtmigration nach Europa zu unterbinden. Die Beseitigung von Fluchtursachen erscheint nicht deshalb als erstrebenswert, weil sie zu einer Linderung von Not und Leid führen soll. Vielmehr ist sie Mittel zum Zweck und notwendig, um eine Wiederholung der Ereignisse des Sommers 2015 zu verhindern. Die Analyse der diskursiven Strategien hat deutlich gemacht, dass der Verhinderungs-Bias eine besondere Wirkmächtigkeit entfalten konnte, weil er vom konservativen Hegemonieprojekt vehement vertreten wurde, vor allem aber, weil der Großteil des linksliberal-alternativen Projektes und das neoliberale Hegemonieprojekt ihn implizit mittrugen und in Kauf nahmen, um eigene Strategien im Diskurs zu stärken. Darin besteht der Kompromiss im Einverständnis darüber, was unter Fluchtursachenbekämpfung verstanden und praktiziert wird.

Für das linksliberal-alternative Projekt war entscheidend, dass nicht nur argumentiert wurde, Entwicklungshilfe könne zu einer Minderung von Fluchtursachen vor Ort beitragen. Darüber hinaus suggerierten oder artikulierten Teile der Akteur:innen dieses Hegemonieprojektes, dass dies auch zu einer Verringerung von Ankünften Geflüchteter in Europa und Deutschland führe. In einer Aufwertung der Entwicklungshilfe liege die einzige Chance, weitere Krisen wie im Sommer 2015 zu verhindern. Die damit vertretene These, Entwicklungshilfe könne zu einer Verminderung von Fluchtmigration führen, wurde jedoch vom linken Flügel des Hegemonieprojektes deutlich kritisiert: Entwicklungspolitik dürfe sich nicht für innenpolitische Ziele instrumentalisieren lassen. Dies führte zu einem Konflikt innerhalb des Hegemonieprojektes. Die Strategien von Akteur:innen der Entwicklungszusammenarbeit changierten zwischen der Position des »Mainstreams« des linksliberal-alternativen Projektes und dessen linkem Flügel. Während teilweise deutliche Kritik am Fluchtursachen-Diskurs geübt wurde, kam es auch zu rechtfertigenden Verweisen auf eigene Abhängigkeiten sowie zu Bekräftigungen, dass die Auswirkungen auf die eigene Arbeit marginal seien (siehe 6.4).

Neben der politischen Kritik an einer auf Migrationsverhinderung zielenden Entwicklungspolitik führten einige EZ-Akteur:innen und Think Tanks das empirische Argument ins Feld, dass mehr Entwicklungshilfe Migration *nicht* reduziere

(»migration hump«).¹ Die Strategie des linken Flügels wurde damit gestärkt. Im Interview mit einem Vertreter der EU-Kommission, dessen Position dem linksliberal-alternativen Projekt zugeordnet werden kann, wurde das Hadern mit der Rolle von Entwicklungspolitik und den benannten empirischen Erkenntnissen deutlich. Er erläuterte, man sei sich durchaus bewusst, dass Beiträge zur Entwicklung in Afrika nicht »den Appetit auf Mobilität verhindern« würden (Vertreter EU-Kommission 2018). Man erhoffe sich jedoch, zumindest den »hoffnungslosen Migrationsbewegungen« über das Mittelmeer entgegenwirken zu können. Außerdem müsse man berücksichtigen, dass beispielsweise die Mobilität in Westafrika bereits aktuell weitgehend regional erfolge – 75 Prozent der Migrant:innen bewegten sich innerhalb der Region (ebd.). Dies beschrieb der Kommissions-Vertreter als Chance: »[D]ie Entwicklung der Regionen und die Zunahme starker Wirtschaftsstandorte wird auch bedeuten, dass mehr Migrant:innen von Afrika selber absorbiert werden können« (ebd.). Zwar umging er damit die These, mehr Entwicklung würde Menschen zum Bleiben motivieren. Doch zumindest könne sie dazu führen, dass es zu einer stärkeren Süd-Süd-Migration käme, anstatt zu Bewegungen der Fluchtmigration in den Norden. Auch hier wird das Ziel offensichtlich, mittels mehr »Entwicklung« Migrant:innen von der Fluchtmigration in Richtung Europa abzuhalten.

Insgesamt stellt sich damit in den Worten einer Interviewpartnerin die grundsätzliche Frage, ob und inwiefern die Entwicklungszusammenarbeit »immer mal benutzt« werde oder »immer ganz gut unterschiedlichen Narrativen« diene (Mitarbeiterin EZ-Organisation Berlin 2018). Damit verwies die Befragte auf den instrumentellen Charakter, welcher der Entwicklungspolitik insbesondere auch in ihrem Entstehungskontext des Kalten Krieges zugeschrieben wurde, als außenpolitische Interessen die strategische Orientierung in Bezug auf die Empfängerländer von Entwicklungshilfe prägten (Ziai 2007, 52ff., 68).² Die öffentliche Debatte zu Flucht und Migration habe vor dem Hintergrund der Ankünfte in 2015 gezeigt,

¹ Neben der These, dass allgemeines Wirtschaftswachstum zunächst die Möglichkeiten zu migrieren erhöhe, stellen andere Studien infrage, dass Entwicklungshilfe überhaupt wesentliche Auswirkungen auf die Bereiche allgemeines Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche, aber auch Konfliktsituationen und Menschenrechte habe, die als relevant für die Verhinderung von Flucht und Migration angesehen werden (Clemens/Postel 2018, 5ff.).

² Auch in Deutschland sei das BMZ insbesondere in den Jahren nach seiner Gründung 1961 maßgeblich von außenpolitischen oder außenwirtschaftspolitischen Zielsetzungen beeinflusst worden, die sich, so Ziai, »auf den einfachsten Nenner gebracht mit den Schlagworten Westbindung/Antikommunismus und Markterschließung umreißen lassen« (Ziai 2007, 96). Neben außenpolitischen spielten stets auch wirtschaftspolitische Interessen an Absatzmärkten für Exportprodukte in den sogenannten Entwicklungsländern sowie an Handelspartnern eine Rolle (Schmidt 2015, 32). Auch Schraven geht auf die Unterordnung der entwicklungspolitischen Praxis unter realpolitische Sachzwänge der Innen- und Außenpolitik ein (Schraven 2019, 25).

»dass die Frage der Wirksamkeit für die Legitimation und Zukunft der EZ von zentraler Bedeutung ist« (Krempin 2019, 123). Somit könnte auch künftig noch stärker danach gefragt werden, »welche EZ-Ansätze sich in der Praxis bewährt haben« (ebd.). In der aktuellen Konjunktur also danach: Welche entwicklungspolitischen Maßnahmen hindern Menschen tatsächlich daran, zu migrieren, vor allem in Richtung Europa?

Dass migrationspolitische Zielsetzungen eine Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit spielen, ist nicht neu, wie bereits in der Kontextanalyse gezeigt wurde. Doch die Verknüpfung beider Phänomene ist Veränderungen unterworfen. Während in den 2000er Jahren im Kontext des »Migrations-Entwicklungs-Nexus« noch die positive Rolle von Migration für Entwicklung betont wurde (Lavenex/Kunz 2008), führte der Fluchtursachen-Diskurs, der im Zuge der Krise des Grenzregimes 2015 das Themenfeld Migration und Entwicklung zunehmend prägte, zu einer anderen dominanten Verknüpfung: Entwicklungspolitische Maßnahmen unter dem Label der »Fluchtursachenbekämpfung« sollten maßgeblich der Verhinderung von Migration dienen (Bartels 2018, 8; Den Hertog 2016b, 34; Kopp 2017, 134). So schreibt Leonhard den Hertog, der Migrations-Entwicklungs-Nexus werde zunehmend in die entgegengesetzte Richtung konzeptualisiert: »The approach that conceptualises migration as contributing to development, e.g. through diaspora investment, is still present in the policy discourse, but increasingly the ›root causes‹ approach resurfaces« (Den Hertog 2016, 49). In Bezug auf Fluchtursachenbekämpfung zeigt sich damit das »vor allem innenpolitisch motivierte Bestreben, dass die EZ einen Beitrag dazu leistet, dass sich weniger Menschen auf den Weg nach Europa und Deutschland machen« (Krempin 2017, 40f.). Diese Verschiebung durch den Fluchtursachen-Diskurs verstehe ich als Zugeständnis linksliberal-alternativer Akteur:innen an das konservative Hegemonieprojekt, das im Nachgang des Sommers der Migration 2015 seine Position im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis und damit das Anliegen der Migrationsverhinderung bedeutend stärken konnte.

Doch nicht nur das linksliberale Hegemonieprojekt ging Kompromisse bezüglich des Verhinderungs-Bias ein. Wie bereits ausgeführt, liegt es nicht im Interesse neoliberaler Kräfte, Fluchtmigration restriktiv zu unterbinden. Dennoch trugen neoliberalen Akteur:innen das Verhinderungsmotiv des konservativen Projektes im Fluchtursachen-Diskurs mit, indem sie argumentierten, die Förderung privatwirtschaftlicher Investitionen in Herkunftsländern könne dazu beitragen, weitere Fluchtmigration nach Europa zu verhindern. Auch den Resilienz-Begriff prägten neoliberalen Akteur:innen dahingehend, dass er im Kontext von Fluchtursachenbekämpfung die Verhinderung von Migrationsbewegungen impliziert. »Fluchtursachenbekämpfung« war also für neoliberalen Kräfte attraktiv, um damit Interessen der Privatwirtschaft zu stärken. Neben der Förderung privatwirtschaftlicher Investitionen, deren Risiken durch öffentliche Entwicklungsgelder abgefedert werden sollten, gelte es auch unternehmerische Strategien zu verfolgen, die einen flexiblen Zu-

griff auf Arbeitskräfte in Herkunftsländern begünstigen.³ Dabei wurde in Kauf genommen, dass die zentrale migrationspolitische Strategie des neoliberalen Hege monieprojektes, eine weitgehend flexible *Mobilität* von Arbeitnehmer:innen zu gewährleisten, in den Hintergrund trat oder gar konterkariert wurde.

Durch den Kompromiss zwischen konservativem, neoliberalen und linksliberal-alternativen Hegemonieprojekt konnte sich der Verhinderungs-Bias in das hegemoniale Verständnis von Fluchtursachen einschreiben – mit weitreichenden Folgen. Sogar offensichtliche Maßnahmen zur Migrationskontrolle in Transit- und Herkunftsländern wurden in dieser Logik als Fluchtursachenbekämpfung deklariert, wie das Beispiel des EU-Treuhafonds für Afrika verdeutlichte (siehe 5.2.1). Statt Fluchtursachen zu bekämpfen, können diese Maßnahmen jedoch sogar selbst zu vermehrter Flucht führen. Moreno-Lax und Lemberg-Pedersen sprechen von »border induced displacement« (Moreno-Lax/Lemberg-Pedersen 2019, 15):

»A range of border practices and infrastructures, performed at or beyond the physical frontiers of the EU, such as interdiction, detention, and deportation, do not just react to, but also in themselves cause displacement, by diverting flows towards increasingly dangerous routes and by multiplying death ratios at sea and at border zones.« (Ebd.)

Darüber hinaus schlagen die Autor:innen den Bogen zum zweiten Element des hegemonialen Fluchtursachen-Verständnisses: »This ›border-induced displacement«,

3 Wie es mittels der Forderung nach Fluchtursachenbekämpfung möglich wurde, das neoliberalen Anliegen eines möglichst flexiblen Zugriffs auf Arbeitskräfte weltweit als kompatibel mit restriktiven Migrationspolitiken darzustellen, illustriert das Konzept des »remote working«. Dieses wurde im Kontext des World Economic Forum in den letzten Jahren diskutiert und zielt darauf, »globalen ökonomischen Wohlstand« und »Alternativen zu physischer Arbeitsmigration« zu fördern (World Economic Forum on Africa 2017). Unternehmen werden angehalten, vor allem hochqualifizierte Menschen weltweit über sogenanntes »remote working« anzustellen, also ohne eine Einreise der betreffenden Arbeitnehmer:in in das Land des Unternehmensstandorts ermöglichen zu müssen. Damit könnten Unternehmen »aktueller und zukünftigem Arbeitskräftemangel entgegenwirken« (ebd.) und bedeutende Kosten einsparen. So habe die Firma Global Workplace Analytics (GWA) berechnet, dass *remote workplace*-Strategien Unternehmen Einsparungen in Höhe von 22.000 US-Dollar pro *remote worker* einbringen würden (ebd.). Der WEF Global Future Council on Migration habe daher das Projekt »Mobile Minds« ins Leben gerufen, das sich explizit an hochqualifizierte Arbeitskräfte richtet. Mit der Strategie könne auch ein Umgang mit Migrationsbarrieren gefunden werden. Allerdings wolle *Mobile Minds* nicht physische Migration ersetzen, sondern: »when possible and necessary, to alleviate the burdens that often accompany physical migration; burdens on individuals, businesses, and governments« (ebd.). Dass sich damit eine neoliberalen Strategie mit dem konservativen Anliegen der Migrationsverhinderung verbindet, wird gerade in der Beteuerung erkennbar, man wolle physische Migration nicht durch *remote working* ersetzen, sondern eine Alternative anbieten.

therefore, challenges the regionalist and reactive premise that the production of forced migration is primarily a problem created outside European territory and agency« (ebd.). Doch die verdrängte Verantwortung Europas für die Entstehung von Fluchtursachen geht weit über diese drastische Form gewaltamer Grenzpraktiken hinaus. Die Verstrickung in globale Ungleichheitsverhältnisse wird durch eine internalistische Perspektive auf Fluchtursachen negiert.

7.2 Internalistisches Verständnis

In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 28. Juni 2018 formulierten die Staats- und Regierungschefs der EU ihr Credo hinsichtlich der Fluchtursachenbekämpfung: »Um das Migrationsproblem an seiner Wurzel anzugehen, bedarf es einer Partnerschaft mit Afrika, mit der auf einen spürbaren sozio-ökonomischen Umbau des afrikanischen Kontinents abgezielt [...] wird« (Europäischer Rat 2018, 3, Herv. JK). Das internalistische Verständnis kommt hier deutlich zum Ausdruck, denn nicht europäische Verhältnisse gelte es anzugehen, sondern die sozio-ökonomischen Verhältnisse in Afrika.

Die drei entscheidenden Hegemonieprojekte, die sich maßgeblich in den Fluchtursachen-Diskurs einschrieben und das hegemoniale Verständnis von Fluchtursachen prägten, vertraten dieses internalistische Verständnis in unterschiedlichem Maße.⁴ Hinsichtlich der Integration dieses zweiten Elements in das politische Projekt »Fluchtursachenbekämpfung« deckte die Analyse auch Unterschiede zwischen den Hegemonieprojekten auf. Während die diskursiven Strategien des konservativen Projektes die internalistische Perspektive ausdrücklich im Diskurs stärkten und andere mögliche ursächliche Zusammenhänge explizit zurückwiesen, zeigte sich das Verständnis bei linksliberal-alternativen und neoliberalen Kräften eher implizit.

4 Ein Beispiel verdeutlicht dieses Einverständnis, das sich im hegemonialen Verständnis durchsetzte. Der Entwicklungsausschuss des EU-Parlaments hatte 2016 zunächst in einem Bericht noch darauf hingewiesen, »dass der Schwerpunkt der Migrationspolitik der EU vorrangig darauf liegen sollte, die Ursachen der Migration zu bewältigen, und dass ihr zentrales Ziel sein sollte, die tatsächlichen Ursachen der Armut in den Herkunfts ländern zu ermitteln und zu bewältigen, zum Beispiel die Ausnutzung von Arbeitskräften und die Plünderung und Ausbeutung von natürlichen Ressourcen durch multinationale Unternehmen, Landnahme, die Unterstützung, die die EU-Mitgliedstaaten autokratischen und korrupten Staaten leisten, Waffenhandel oder die negativen Auswirkungen der Zahlung von Auslandsschulden« (Europäisches Parlament 2016a, 13). In der offiziellen Entschließung des Parlaments wurden diese Bestimmungen jedoch gestrichen (Europäisches Parlament 2016b). Ein solches Abweichen von dem hegemonialen internalistischen Verständnis scheint keine Mehrheiten im EU-Parlament gefunden zu haben.

Denn im linksliberal-alternativen Hegemonieprojekt berührt die Frage das Grundverständnis von Entwicklungspolitik. Anders als bei der Adaption des Verhinderungs-Bias, der zu verschiedenen Konflikten führte, mit denen sich Akteur:innen der Entwicklungszusammenarbeit konfrontiert sahen, scheint sich die Verortung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern von Geflüchteten – also eine internalistische Perspektive – in ein Entwicklungsverständnis einzufügen, das im Entwicklungspolitischen Feld verbreitet ist. Dieses äußert sich in der Vorstellung, dass europäische Akteur:innen der Entwicklungszusammenarbeit Bleibeperspektiven für potentielle Migrant:innen *vor Ort* in den jeweiligen Herkunftsländern schaffen sollen. Damit wird die im Entwicklungsdiskurs nach wie vor einflussreiche Annahme bedient, Entwicklung im globalen Süden müsse mittels Interventionen durch Entwicklungsexpert:innen aus dem globalen Norden in Form einer »verbessernden Intervention« (Ziai 2007, 47) betrieben werden. Die Frage, wie lokale Notlagen, Gewaltsituationen und ökologische Verheerungen mit globalen Entwicklungen zusammenhängen, wird nicht gestellt. Die Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit liegt in diesem Verständnis nicht darin, an diesen ursächlichen Verstrickungen und europäischen Politiken anzusetzen. In diesem Sinne proklamierte das BMZ auf seiner Homepage: »*Unabhängig von ihrer Entstehung* können Fluchtursachen nur durch ein langfristiges Engagement behoben werden. Ziel ist es, die Lebensbedingungen derart zu verbessern, dass Menschen ihre Heimat nicht verlassen müssen.« (BMZ 2021b, Herv. JK) Auch politikberatende Institutionen wie die Stiftung Wissenschaft und Politik umgehen weitgehend die Frage nach ursächlichen Zusammenhängen in der Debatte und sehen den Beitrag der Entwicklungspolitik in erster Linie in der Unterstützung von aufnehmenden Staaten, für welche die Aufnahme von Flüchtlingen eine große Belastung darstellt. Sie fordern neben der Konfliktprävention, mit der Konflikte zwischen Geflüchteten und der ansässigen Bevölkerung verhindert werden sollen, weitere Nothilfe und die Förderung von freiwilliger Rückkehr (Angenendt 2014, 9ff.). Der Mitarbeiter eines Think Tanks in Berlin (2019) bestätigte im Interview, dass die Entwicklungsdebatte von einer globalen Perspektive weit entfernt sei. Ihren Schwerpunkt beschrieb er in Abgrenzung zu der Forderung nach einer Enquête-Kommission zum Thema Fluchtursachen (siehe 6.6):

»Die Initiatoren von diesem Aufruf zur Gründung einer Enquête-Kommission haben darunter einen sehr umfassenden Ansatz verstanden, der fragt, wie Deutschland zu Flucht beiträgt. Und das ist aber natürlich komplett entkoppelt von einer Entwicklungsdebatte, die sehr viel mehr schaut, wie können wir Aufnahmeländer, vielleicht auch Herkunftsländer unterstützen?« (Mitarbeiter Think Tank Berlin 2019)

Doch auch im Entwicklungspolitischen Feld finden sich divergierende Positionen. Einige zivilgesellschaftliche Akteur:innen betonen, die Analyse der Ungleichheits-

verhältnisse und Abhängigkeiten zwischen globalem Norden und Süden sei unverzichtbar für das Verständnis der Ursachen von Flucht und Vertreibung. Sie beziehen sich auf ein Verständnis von Entwicklungspolitik, das sich an einer gerechten Gestaltung globaler Strukturen und des Nord-Süd-Verhältnisses orientiert.⁵ Diese Exponent:innen sind daher als Teil des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts zu verstehen. Es bilden sich damit unterschiedliche Verständnisse von Entwicklungszusammenarbeit ab, die auf ein heterogenes politisches Feld hinweisen. Denn auch der Entwicklungsdiskurs stellt kein monolithisches Gebilde dar (Ziai 2007, 47), wie Ziai aufgezeigt hat, sondern bleibt umkämpft.

Auch das neoliberalen Hegemonieprojekt nahm eine internalistische Perspektive auf Fluchtursachen ein. Nicht globale Ungleichheitsverhältnisse, sondern lokale Missstände gelte es zu adressieren. Insofern, als es sich um dasjenige Projekt handelt, dessen politisch-ökonomische Machtbasis in der Internationalisierung der Produktionen und der zunehmenden Finanzialisierung besteht (Buckel et al. 2014, 65), ist dies wenig verwunderlich. Denn die sich verschärfende globale Ungleichheit und die aktuelle Ausprägung des asymmetrischen Nord-Süd-Verhältnisses resultieren nicht zuletzt aus diesen Entwicklungen und bieten sich damit als Zielscheibe neoliberaler Kritik kaum an.

Diese geteilte internalistische Perspektive auf Fluchtursachen lässt sich als zweites zentrales Element des hegemonialen Verständnisses von Fluchtursachen identifizieren. William Walters spricht in Bezug auf den Migrationsmanagement-Diskurs von einer »*imagined spatiality*« (Walters 2010, 84), die sich auch auf die internalistische Perspektive anwenden lässt. Walters schreibt: »[A]ny particular policy discourse employs a cast of actors both human and non-human. The cast is always selective: only certain actors make it onto the stage« (ebd., 85). So werde »irreguläre Migration« als »Problem« verhandelt, das »außerhalb« der Aufnahmestaaten entstehe. Ignoriert würden »interne« Faktoren wie beispielsweise die Nachfrage nach preiswerter Arbeit (ebd., 84). Auch globale Zusammenhänge werden ausgeblendet, die Gewaltverhältnisse mitprägen, vor denen Menschen die Flucht ergreifen. Die »*imagined spatiality*« im Fluchtursachen-Diskurs kommt damit einer Container-Ansicht auf den Herkunftsstaat bzw. die Herkunftsregion von Geflüchteten gleich. Europäische Akteur:innen betreten die Bühne gar nicht und wenn, dann lediglich als »Helfer:innen«, die von außen kommend den »sozio-ökonomischen Umbau des afrikanischen Kontinents« mitgestalten. Die Wirkmächtigkeit der internalistischen Perspektive wird im abschließenden Kapitel (siehe 8) hinsichtlich der ihr innewohnenden Leistung der Ausblendung untersucht.

An dieser Stelle lässt sich festhalten: Das politische Projekt Fluchtursachenbekämpfung wurde im Nachgang des Sommers der Migration 2015 in erster Linie von

⁵ Ein solches Verständnis hatte sich tendenziell in der »globalen Strukturpolitik« der rot-grünen Bundesregierung zur Jahrtausendwende niedergeschlagen (siehe 4.3.3).

Akteur:innen des konservativen, des linksliberal-alternativen und des neoliberalen Hegemonieprojektes in Stellung gebracht. Es gelang diesen gesellschaftlichen Kräften ein hegemoniales Verständnis von Fluchtursachen und ihrer Bekämpfung mitzuprägen, das hier als Kompromiss beschrieben wurde. Insbesondere konservativen Akteur:innen gelang es, ihre rhetorisch-diskursiven Strategien in diesem Kompromiss geltend zu machen. Strategien des national-sozialen Hegemonieprojektes (siehe 6.7) trugen zwar nicht in relevantem Ausmaß zur Herausbildung des politischen Projektes bei, fügten sich aber in das hegemoniale Verständnis ein. Gegenhegemoniale Strategien verfolgten der linke Flügel des linksliberalen Projektes sowie das proeuropäisch-soziale Projekt.